

PRESSEMITTEILUNG

Hochschulförmigkeit, Selbstverwaltung und angewandte Forschung an Hochschulen für den öffentlichen Dienst stärken

13. Oktober 2025. Bürokratieabbau, Digitalisierung und Innovation in der Verwaltung sind unbestritten aktuelle, zentrale und drängende Handlungsfelder, von deren Erfolg eine funktionierende und zeitgemäße Verwaltung abhängt. Die **h**l**b**-Bundesvereinigung hat sich daher der Aufgabe und Rolle von Hochschulen für den öffentlichen Dienst zugewendet, die bei der Ausbildung des Nachwuchses für den gesamten öffentlichen Dienst eine zentrale Rolle einnehmen.

An den rund 40 Hochschulen für den öffentliche Dienst studieren derzeit fast 70.000 angehende Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Verwaltung, Polizei und Justiz. Oftmals sind diese Hochschulen jedoch in der Zuständigkeit des jeweiligen Fachministeriums angesiedelt. Die Anforderungen, die die Hochschulgesetze an wissenschaftliche Hochschulen stellen, werden an ihnen zugleich durch verschiedenste Sonderregelungen ausgehebelt und die dort lehrenden Professorinnen und Professoren stellen nicht selten nur eine Minderheit des Lehrpersonals dar. So bieten diese Hochschulen kein adäquates Umfeld für Hochschullehre und -forschung. Der **h**l**b** weist auf die Missstände in der Hochschulautonomie, bei den Selbstverwaltungsgremien, bei den wissenschaftsrelevanten Arbeitsbedingungen und der Struktur der Lehrverpflichtung sowie bei der Personalauswahl hin.

„Angesichts der herausgehobenen Bedeutung dieses Hochschultyps für die Demokratie und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist die zentrale Forderung des **h**l**b**, diese Hochschulen als Hochschulen zu stärken und weiterzuentwickeln“, so Prof. Dr. Judith Hauer, die für die Hochschulen für den öffentlichen Dienst zuständige Vizepräsidentin der **h**l**b**-Bundesvereinigung. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst müssen praxisnah ausbilden, anwendungsorientiert forschen und innovativ arbeiten können. Das bedeutet auch, dass die beteiligten Ministerien, die Hochschulleitungen und die Hochschulverwaltungen die grundlegenden Prinzipien wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens anerkennen und aktiv fördern.

„Wenn Verwaltung nicht nur verwalten, sondern aktiv an der Lösung unserer Probleme mitwirken und unsere Demokratie sichern soll, dann braucht man im öffentlichen Dienst unabhängig denkende, motivierte und kritische Personen, die wissenschaftliche Grundlagen im Studium erworben und erprobt haben, um die anstehende Digitalisierung, Innovation und demokratischen Herausforderungen zu bewältigen“, so Hauer. „Das können die Hochschulen für den öffentlichen Dienst leisten, wenn man ihre Hochschulförmigkeit stärkt, die Selbstverwaltung der Professorinnen und Professoren achtet und ihnen Freiräume für Forschung und die Entwicklung von praxisorientierten Lösungen einräumt.“

Zum vollständigen Positionspapier: <https://www.hlb.de/politik-und-medien/positionen>

Ansprechpartnerin:

Dr. Karla Neschke
Stv. Geschäftsführerin, **h**l**b** Bundesvereinigung e. V.
E-Mail: karla.neschke@hlb.de
www.hlb.de

Die **hlb**-Bundesvereinigung ist der Berufsverband der Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deutschland mit über 8.500 Mitgliedern. Sie ist der Wissenschaftsfreiheit verpflichtet, politisch und konfessionell neutral. Der **hlb** vertritt die gemeinsamen Interessen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Seine Aufgaben sind insbesondere die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Gesetzgebungsorganen des Bundes und der Europäischen Union (EU) sowie gegenüber anderen Institutionen des Bundes und der EU, die Förderung und Weiterentwicklung der anwendungsbezogenen, berufsqualifizierenden, wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung sowie der Fortentwicklung von Hochschulen, die Unterstützung der beruflichen Eingliederung der Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen, die Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen oder Verbänden im In- und Ausland, die Unterstützung von Mitgliedsverbänden durch Dienstleistungen sowie Rechtsdienstleistungen durch Beratung, Beistand und Rechtsschutz für die Mitglieder der Mitgliedsverbände. Die **hlb**-Bundesvereinigung e. V. ist unter der Registernummer R000026 als Berufsverband im Lobbyregister für die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung registriert und beachtet die Grundsätze integrierter Interessenvertretung nach § 5 LobbyRG.